

## BREGENZ

**Ritsch: Gemeinden finanziell entlasten**

Die kritische Finanzsituation in der Gemeinde Silbertal (siehe rechts) steht aus Sicht von SPÖ-Klubobmann Michael Ritsch exemplarisch für die Not der meisten Kommunen im Land. „Das Land hält sich auf Kosten der Gemeinden schuldenfrei. Den Sonntagsreden des Landeshauptmannes über die eigene Finanzgebarung steht fast eine Milliarde Euro Schulden der 96 Vorarlberger Gemeinden gegenüber“, teilte Ritsch am Freitag in einer Aussendung mit. Er bemängelte zudem, dass in den Kommunen immer mehr Aufgaben gestemmt werden müssten. Dies müsse sich ändern.

Dazu solle auch ein Landtagsantrag beitragen, der im vergangenen Oktober von den Fraktionen beschlossen worden ist. Dieser sieht vor, die Kompetenzen zwischen Land und Gemeinde klar zu regeln. Daneben sprach sich Ritsch für Maßnahmen zur Entlastung bei den Kosten im Sozialbereich aus. Der Finanzierungsschlüssel zwischen Land und Gemeinden müsse geändert werden.

ÖVP-Landtagsabgeordnete Monika Vonier sprach in diesem Zusammenhang die Mindestsicherungsreform an. Diese führe zu niedrigeren Kosten für den Sozialfonds und damit für die Gemeinden. In Silbertal müsse der Konsolidierungskurs fortgesetzt werden, meinte die Montafonerin.



**Michael Ritsch fordert finanzielle Entlastung für die Gemeinden.**  
KLAUS HARTINGER

# Trügerische Idylle

**Rechnungshof: Finanzielle Situation in der Gemeinde kritisch. Sparmaßnahmen dringend erforderlich.**

Silbertal ist eine idyllische kleine Tourismuskommune im Montafon. Das sagte Brigitte Eggler-Bargehr, Direktorin des Landes-Rechnungshofs, zur Einleitung bei der Präsentation des Prüfberichts über die Gemeinde. Doch schon im nächsten Satz folgte eine Relativierung der schönen Worte. Denn bei einem genauen Blick zeige sich, dass hinter der idyllischen Fassade große finanzielle Schwierigkeiten und wirtschaftliche Herausforderungen verborgen seien. Zu diesem Schluss sind die Prüfer des Rechnungshofs bei ihrer Untersuchung der Gemeindefinanzen gekommen.

Zu Beginn ihrer Ausführungen skizzierte Eggler-Bargehr die nicht sehr rosige Ausgangslage. Silbertal ist flächenmäßig eine der zehn größten Gemeinden im Land. Gleichzeitig ist die Kommune eine der fünf am geringsten besiedelten. In den vergangenen zehn Jahren ist die Bevölkerung um rund vier Prozent geschrumpft. Ein größerer Betrieb ist während des Prüfzeitraums (2012 bis 2015) abgewandert. Zudem waren die Nützlichkeitszahlen im Tourismusort in jüngster Zeit rückläufig. Der Schuldenstand hat sich von zwei Millionen Euro im Jahr 2007 auf 4,1 Millionen Euro im Jahr 2015 verdoppelt.

Diese Entwicklungen hätten dazu beigetragen, dass seit 2014 jährlich weitere Kredite zur Deckung der laufenden Ausgaben im Budget aufgenommen werden mussten. Dies verschärfe die missliche Lage zusätzlich. „Mit diesem Problem ist Silbertal jedoch nicht alleine“, sagte die Rechnungshof-Direktorin. Viel-



**Alles andere als rosig ist die finanzielle Situation in der Gemeinde Silbertal.**

BERND HOFMEISTER

mehr sei die Gemeinde ein gutes Beispiel für das Schicksal vieler anderer Kommunen mit weniger als 1000 Einwohnern in Vorarlberg. Zwar gebe es vom Land finanzielle Unterstützung in Form von Bedarfszuweisungen oder Förderungen aus dem Strukturfonds. Dadurch bestehe jedoch die Gefahr, dass Investitionen in den Gemeinden nicht kritisch hinterfragt werden, da diese „eh das Land zahlt“, wie es Eggler-Bargehr formulierte.

**Maßnahmen getroffen.** Wichtig sei daher, dass die Verantwortlichen in den Kommunen ihre Eigenverantwortung in Finanzfragen wahrnehmen. In Silbertal sei dies insofern passiert, indem Abgaben wie etwa die Gästetaxe oder Kanalgebühren erhöht worden seien. Auch für Gräber müsse seit 2015 – wie in vielen anderen Gemeinden auch – bezahlt werden. „Aber diese Maß-

nahmen reichen nicht aus“, betonte die Finanzexpertin.

Probleme sieht sie vor allem im Bereich der Wasserversorgung. Dabei werde die Kommune zwar durch private Genossenschaften entlastet. Allerdings würden diese bei Investitionen durch Förderungen der Gemeinde unterstützt. Die Rechnungshof-Direktorin regte an, diese finanzielle Hilfe an Bedingungen zu knüpfen. So sollen die Verantwortlichen der Genossenschaften sich etwa dazu verpflichten, Gebühren zu verlangen, was bisher nicht immer der Fall sei. Auf diese Weise könnten Rücklagen gebildet werden, um künftige Investitionen zu bewältigen.

Auch die jährlichen Zahlungen an zwei im gesamten Montafon operierende Organisationen haben sich nach Angaben der Fachfrau ungünstig entwickelt. Der Finanzierungsanteil am Stand Montafon sei etwa von 2012 bis